

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 6

Artikel: Den zweiten vor dem ersten Schritt getan
Autor: Brückner, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092856>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael Brückner zur europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik

Den zweiten vor dem ersten Schritt getan

Mit den umstrittenen Verträgen von Maastricht setzten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ambitionöse Ziele: Die Union müsse ihre Identität auf internationaler Ebene insbesondere durch eine gemeinsame Verteidigungspolitik behaupten, heisst es in den Vereinbarungen, die fast am Votum der Bürger gescheitert wären. Die ohnehin schon breite Palette an europäischen Abkürzungen wurde um «GASP» bereichert, was für «Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik» steht. Doch davon scheinen die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), wie sich die frühere EG seit dem 1. November vergangenen Jahres nennt, im Augenblick weiter entfernt als beim Maastrichter Gipfel am 9. und 10. September 1991.

Mehr noch als der zumindest vorläufig geplatze Blütenraum von einer baldigen Europa-Währung, stärker als die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der 18 Millionen Arbeitslosen in den Staaten der EU erschütterte in den Augen vieler Europäer die Konzeptionslosigkeit sowie die Uneinigkeit der Union angesichts der Tragödie im ehemaligen Jugoslawien den Glauben an eine wirklich funktionierende europäische Integration. Die Tatsache, dass ausgerechnet jener Staat, der im ersten Semester dieses Jahres den Vorsitz im EU-Ministerrat führt, faktisch eine Blockade gegen das von der Union — wenn auch nach langem, schwer verständlichem Zögern — anerkannte Mazedonien verhängte, ohne Brüssel sowie die anderen Mitgliedsländer zuvor zumindest zu unterrichten, müsste zwei Jahre nach Maastricht im Grunde als Anachronismus erscheinen. Diese Vorstellung freilich liess Griechenland völlig unbeeindruckt. Mit hin wurde der ganzen Reihe von Peinlichkeiten im missratenen europäischen Balkan-Krisenmanagement ein weiteres bizarres Detail hinzugefügt.

Keine neues europäisches Defizit

«Die Staaten Europas würden durch einen föderativen Zusammenschluss mehr gewinnen als verlieren», schrieb Richard Coudenhove-Kalergi 1923. Mit nationalem Egoismus und teilweise völlig unterschiedlichen Definitionen der eigenen Interessen muss Europa zumindest auf

dem Gebiet der Aussen- und Sicherheitspolitik jedoch verlieren — vor allem Glaubwürdigkeit.

Doch das vielstimmige Lamentieren über die «Unfähigkeit der Europäer» angesichts des ersten langen und grausamen Krieges auf ihrem Kontinent seit 1945 lässt den Eindruck entstehen, als offenbare dieser aktuelle Befund ein völlig neues europäisches Defizit. Ist etwa die nicht eben von überzeugender Einigkeit und der Betonung gemeinsamer Interessen geprägte Politik der Europäischen Gemeinschaft vor dem Ausbruch des Golfkrieges bereits vergessen?

Ohne Frage, die Europäer taten sich schon immer schwer, einheitliche aussen- und sicherheitspolitische Positionen zu entwickeln und diese auch durchzusetzen. Daran dürfte sich vorläufig wenig ändern. Selbst die engagierten Europa-Experten der Bonner Konrad-Adenauer-Stiftung, hinter der immerhin die Partei des Bundeskanzlers steht, kritisieren die «zum Teil vagen Formulierungen der GASP» in den Verträgen von Maastricht. Wie es um die aussenpolitische Einigkeit der EG in der Vergangenheit bestellt war, belegen einige Beispiele:

– Auf die Verhängung des Kriegsrechts über Polen reagierte die Gemeinschaft 1981 mit wirtschaftlichen Sanktionen. Griechenland jedoch übte diese Strafmassnahmen niemals aus.

– 1982 beschlossen die Mitgliedstaaten der EG Sanktionen gegenüber Argentinien im Zusammenhang mit dem Falkland-Konflikt. Doch noch während des Krieges um die entlegenen Atlantikinseln setzten Italien und Irland diese Sanktionen wieder aus.

– Die 1986 von der EG gegen Südafrika verhängten Massnahmen stiessen bis zuletzt auf heftigsten Widerstand Grossbritanniens und wurden erst beschlussen, als der Sanktionenkatalog gegen Pretoria deutlich gemildert worden war.

Noch gravierender als diese Einzelfälle ist sicher der Umstand zu werten, dass in der europäischen Integrationsgeschichte sämtliche Versuche, eine immer wieder als erforderlich erkannte gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik zu insti-

Vor allem die Konzeptionslosigkeit und die Uneinigkeit der Union angesichts der Tragödie im ehemaligen Jugoslawien erschütterten den Glauben an eine wirklich funktionierende europäische Integration.

Die Europäer taten sich allerdings schon immer schwer, einheitliche aussen- und sicherheitspolitische Positionen zu entwickeln und diese auch durchzusetzen.

Es waren die USA und Grossbritannien, die bereits 1950 eine Verstärkung der europäischen Verteidigungsbemühungen forderten.

tutionalisieren, entweder scheiterten oder in mehr oder minder unverbindliche Absichtserklärungen mündeten.

«Euro-Armee» gegen deutsche Militärmacht

Es waren die USA sowie Grossbritannien, das damals noch abseits der ersten kontinentaleuropäischen Integrationsansätze stand, die bereits 1950 eine Verstärkung der europäischen Verteidigungsbemühungen forderten. Solche Appelle kamen nicht von ungefähr: Die aggressive, auf Expansion ausgerichtete Politik Moskaus sowie der im Juni 1950 ausgebrochene Korea-Krieg bildeten den Hintergrund für derlei Vorstösse.

Dass fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur ausgerechnet Deutschland in ein solches europäisches Verteidigungssystem eingebunden werden sollte, stiess in den Nachbarstaaten, aber auch in der Bundesrepublik selbst auf Kritik und Ablehnung. Dieser Widerstand war gerade in Frankreich sehr ausgeprägt, so dass Jean Monnet, einer der Väter der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), für eine an westeuropäische Institutionen gebundene Armee plädierte.

Eine solche «Euro-Armee» sollte die Entstehung einer eigenständigen deutschen Militärmacht verhindern. Der damalige französische Ministerpräsident René Pleven entwickelte diese Idee weiter, was schliesslich zum «Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» (EVG) führte, der am 27. Mai 1952 unterzeichnet wurde und nur noch der Ratifizierung durch die Parlamente der Mitgliedstaaten bedurfte hätte. In einer von der deutschen Bundesregierung ebenfalls am 27. Mai 1952 vorgelegten Erklärung des EVG-Vertrags wurde die geplante «Euro-Armee» folgendermassen begründet:

«Insbesondere sind die Streitkräfte europäisch, nicht national. Diese Verteidigungsgemeinschaft steht damit im Gegensatz zu den Koalitionsarmeen alten Stils. Bei diesen verbleiben die Truppen im nationalen Status, sie sind nach wie vor Truppen der Einzelstaaten, nur unter gemeinsamem Oberbefehl. Demge-

genüber gibt es bei der integrierten Armee der Verteidigungsgemeinschaft eine grundsätzlich neue Lösung. Es gibt bei ihr keine nationalen Truppen mehr; nicht der Oberbefehl ist gemeinsam, sondern die gesamte Armee mit sämtlichen Kontingenten hat europäischen Status ...»

Neue Harmonisierungsversuche

Der Tod Stalins, das Ende des Korea-Krieges sowie die ersten vorsichtigen Schritte in Richtung Entspannung liessen jedoch den Widerstand gegen die EVG wachsen. Nachdem der akute äusserer Druck auf Westeuropa (scheinbar) nachgelassen hatte, wurde gerade in Frankreich die geplante Abtretung so weitgehender Hoheitsbefugnisse wie der des militärischen Kommandos wieder sehr viel kritischer diskutiert. In vielen Debatten waren zudem antideutsche Ressentiments nicht zu überhören. Gaullisten und Kommunisten stimmten dann am 30. August 1954 im französischen Parlament gegen die EVG, die damit ein kurzlebiges Stück europäischer Integrationsgeschichte bleiben sollte. Mit der geplanten Verteidigungsgemeinschaft scheiterte darüber hinaus die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG), die gewissermassen ein gemeinsames Dach für die EVG und die EGKS hätte darstellen sollen.

Nach diesem herben Rückschlag unternahm die westeuropäische Sechsnationen-Gemeinschaft erst 1961 wieder einen Versuch, über die Bildung einer «Staatenunion» eine gemeinsame Aussenpolitik zu entwickeln. Dahinter steckte die Erkenntnis, dass nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der darin vorgesehenen gemeinsamen Aussenhandelspolitik nun ergänzend ein höheres Mass an aussenpolitischer Harmonisierung erforderlich war. Die nach dem französischen Diplomaten Christian Fouchet benannten Pläne zur Schaffung einer politischen Union mussten jedoch wie Blaupausen der französischen Vorstellung eines «Europa der Vaterländer» anmuten, weshalb sie keine Aussicht auf Erfolg hatten.

«In dem Bestreben, Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Einigung zu erzielen», beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EWG schliesslich am 2. Dezember 1969 in Den Haag eine engere Kooperation in der Aussenpolitik. Dies fiel den Mitgliedsländern um so leichter, als sie einen neuen Kollegen in ihren Reihen wussten: den De-Gaullie-Nachfolger Georges Pompidou, der sich etwas flexibler zeigte als sein Vorgänger.

Als Resultat der auf dem Haager Gipfel verkündeten Absichtserklärung entstand

Der Fortschritt der Maastrichter Verträge lag darin, dass sich die angestrebte Gemeinsamkeit künftig «auf alle Bereiche der Aussen- und Sicherheitspolitik» erstrecken soll.

1970 die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die jedoch auf einem blossen Übereinkommen und nicht etwa auf einer rechtlich verbindlichen Grundlage beruhte. Viscount Etienne Davignon, der als Beamter des belgischen Aussenministeriums mit dem nach ihm benannten Bericht im wesentlichen den Weg zur EPZ geebnet hatte, formulierte die Ziele äusserst bescheiden. Es gehe darum, «Standpunkte zu harmonisieren, Einstellungen abzustimmen und, wenn möglich, gemeinsame Entscheidungen zu treffen ...».

Erst 16 Jahre später erhielt die EPZ mit der Einheitlichen Europäischen Akte eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage und ein Sekretariat in Brüssel. Rückblickend betrachtet, brachte die EPZ einige Fortschritte bei der Festlegung von EG-einheitlichen Standpunkten innerhalb des KSZE-Prozesses sowie im Dialog mit Staatengruppen wie ASEAN, Zentralamerika oder der Arabischen Liga. Von einem effizienten Instrument zur Verbesserung des europäischen Krisenmanagements konnte jedoch noch keine Rede sein.

Sah die Europäische Politische Zusammenarbeit lediglich bei politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheitspolitik eine «stärkere Koordinierung» der Standpunkte der Mitgliedstaaten vor, so lag der Fortschritt der Maastrichter Verträge darin, dass sich die angestrebte Gemeinsamkeit künftig «auf alle Bereiche der Aussen- und Sicherheitspolitik» erstrecken soll. Mit diesem Anspruch gerät die angestrebte GASP mit ihrem sicherheitspolitischen Organ — der Westeuropäischen Union (WEU) — in ein schwer definierbares Verhältnis zur NATO. Diese, von manchen Illusionisten in der Euphorie nach der Auflösung des Warschauer Paktes voreilig für «obsolet» erklärt, erwies sich gerade in den vergangenen Wochen als eine Organisation, die sogar auf dem Balkan — wo die EU sowie die KSZE so glücklich agierten — noch ein gewisses Mass an Autorität besitzt.

In den Verträgen von Maastricht wird die WEU, die ihren Ursprung in der 1948 von Grossbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten gegründeten und hauptsächlich als Schutz vor deutscher Aggression dienenden Westunion hatte, als «integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union» bezeichnet. Gleichzeitig betonten die Staats- und Regierungschefs in diesem Vertragswerk, die WEU sei auch als ein «Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz» anzusehen. Die Mitgliedschaft in der NATO werde von der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik ebensowenig berührt wie die Neutralität Irlands oder die der künftigen EU-Staaten.

Unterschiedlichste Interessen

Dass die EU eine einheitliche Aussen- und Sicherheitspolitik anstrebt, lässt auf ein gewachsenes Problembewusstsein schliessen, dem im wesentlichen zwei Erkenntnisse zugrunde liegen: Nach dem Ende des Ost-West-Antagonismus können die Europäer nicht länger auf ein dauerhaftes sicherheitspolitisches Engagement der USA in Europa vertrauen. Und zweitens erscheint evident, dass Politiker und Militärstrategen künftig mit einer Vielzahl kleinerer, lokal begrenzter Konflikte konfrontiert sein werden, die sehr schnell zu kriegerischen Auseinandersetzungen eskalieren können.

Der «Testfall Jugoslawien» bewies jedoch, dass die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU gegenwärtig ebenso Brüsseler Wunschdenken entspricht wie die Währungsunion. Diese Parallele kann nicht verwundern. Denn sowohl die Währungs- als auch die Aussenpolitik gehören zu jenen Politikfeldern, in denen sich die Souveränität von Nationen am stärksten reflektiert.

Hinzu kommen die unterschiedlichen aussenpolitischen Prioritäten der Mitgliedstaaten. Die Interessen Frankreichs und Grossbritanniens werden bis heute von ihrer Vergangenheit als Kolonialmächte beeinflusst, Griechenland nimmt im komplizierten Problemgeflecht des Balkans eine reichlich zwielichtige Position ein, Spanien und Portugal verstehen sich nicht zuletzt als eine Brücke nach Süd- und Mittelamerika, und die Bundesrepublik Deutschland spielte bis zur Wiedervereinigung mit Rücksicht auf die Menschen in der ehemaligen DDR oftmals eine Sonderrolle gegenüber den Staaten Osteuropas.

Wird die Wunderformel GASP dazu beitragen, all diese unterschiedlichen Interessen zu einer einheitlichen aussen- und sicherheitspolitischen Konzeption zusammenzufassen? Es scheint, als hätten die Staats- und Regierungschefs der EU den zweiten Schritt vor dem ersten getan. Denn das GASP-Projekt ist einmal mehr ein weitgehend westeuropäisches Modell.

Eine zukunftsweisende europäische Aussen- und Sicherheitspolitik sollte jedoch zunächst Antworten auf die Frage geben, wie und über welche Organisationen und Bündnisse die Staaten Mittel- und Osteuropas in das angestrebte System eingebunden werden können. Gerade auf dem Feld der Aussen- und Sicherheitspolitik zeigt sich, wie fragwürdig die von Brüssel ausgegebene Priorität «Erst vertiefen, dann erweitern» war. Vertiefung und Erweiterung hätte die Devise lauten müssen. ■

Dem gewachsenen Problembewusstsein liegen vor allem zwei Erkenntnisse zugrunde: Die Europäer können nicht länger auf ein dauerhaftes sicherheitspolitisches Engagement der USA in Europa vertrauen, und zudem ist künftig mit einer Vielzahl kleinerer, lokal begrenzter Konflikte zu rechnen.